

Wien, am Donnerstag, den 29. Dezember 1927

Eröffnung der neuen Feuerwache "Wienerberg". Im Zuge der Wiener Feuer-
schutzreform wurde heute die 26. Feuerwache der städtischen Berufsfeuer-
wehr eröffnet. Die neue Feuerwache, die in der vierten Feuerschutzsek-
tion des Wiener Gemeindegebietes eingeteilt ist, ist in der neuen städt-
schen Wohnhausanlage am Wienerberg untergebracht. Sie ist für Meidling,
Altmannsdorf und Hetzendorf bestimmt. Die neue Feuerwache ist mit einem
Rüstwagen, einer Gasspritze mit einer kleinen Magirusleiter und einem
Pumpenwagen ausgerüstet. Den Dienst versehen zwei Exerziermeister, sechs
Löschmeister, sechs Maschinenfahrer, zwei Telegraphisten und 16 Feuer-
wehrmänner der städtischen Berufsfeuerwehr. Die neue Feuerwache ist mit
allen technischen Errungenschaften ausgestattet, die die Alarmbereit-
schaft der Feuerwehr leben. Der Feuerwache steht auch ein grosser Hof
mit einer drei stock hohen Übungsfront für Hackenleiterübungen als
Exerzierhof zur Verfügung. - Die neue Feuerwache wurde heute vormittag
eröffnet. Zur Eröffnung waren amtsführender Stadtrat Linder, Branddi-
rektor Ingenieur Wagner, Obermagistratsrat Dr. Klaus sowie viele Man-
datare erschienen. Stadtrat Linder hielt an die Mannschaft der neuen
Feuerwache eine herzliche Ansprache und erklärte sodann die Feuerwa-
che für eröffnet. Dann gab Branddirektor Ingenieur Wagner den Befehl
zu einem Probealarm, wobei die neue Feuerwache in nicht
mehr als 22 Sekunden ausrückte.

Spenden für wohltätige Zwecke. Der Wiener Bankverein hat für humanitä-
re und Bildungszwecke fünftausend Schilling gespendet. Weiters hat der
unter dem Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter für arme Schulkinder der Kna-
benvolksschule in der Brigittenau, Vorgartenstrasse 50, 35 Paar Schuhe
und zehn Dutzend Strümpfe gespendet. Der Bürgermeister hat den Spen-
dern den Dank ausgesprochen.

Gegen 8000 Arbeitslose täglich mit der Schneesäuberung beschäftigt.
Die Säuberung der Wiener Strassen vom Schnee wird ununterbrochen fort-
gesetzt. Der städtische Strassenreinigungsbetrieb hat alle verfügbaren
Kräfte zur Säuberung der Wiener Strassen aufgeboten. So wurden gestern
und heute 16.425 Arbeitslose aufgenommen, die mit 1955 städtischen
Strassenarbeitern mit der Reinigung der Strassen beschäftigt sind.
Für die Schneeabfuhr wurden gestern acht Lastkraftwagen und 491 Pfer-
depaare und werden heute zwölf Lastkraftwagen und 494 fremde Pferde-
paare verwendet.

Mutterhilfe der Stadt Wien. Wie bekannt, gewährt die Gemeinde Wien all-
in Wienwohnhaften Frauen ohne Rücksicht auf ihre Zuständigkeit durch
vier Wochen nach der Niederkunft eine Mutterhilfe von je zehn Schil-
ling, wenn die Frauen mittellos sind und weder als Krankenkassenmit-
glieder noch als Familiensversicherte auf eine Krankenkassenhilfe An-
spruch haben. Die Mutterhilfe ist aber an die Bedingung gebunden, dass
sich die Frauen spätestens im vierten Schwangerschaftsmonat beim zu-
ständigen Bezirksjugendamt anmelden und sich einer fachärztlichen Un-
tersuchung unterziehen. Diese Bedingung wird aber sehr oft nicht einge-
halten. Die Folge davon ist, dass dann vielen bedürftigen Müttern die
Mutterhilfe verloren geht. Es wird daher nochmals darauf aufmerksam ge-
macht, dass sich alle werdenden Mütter, wenn sie auf die Mutterhilfe
der Stadt Wien Anspruch erheben, spätestens im vierten Schwangerschafts-
monat beim zuständigen Bezirksjugendamt melden müssen.

GR. Dr. Wagner (E.L.) bezeichnet die Verwaltungsgruppe VII als das "Rattenstahl" der Wiener Gemeindeverwaltung. In ihr sucht man vergeblich nach einem Organismus. Deshalb kann man auch die Verwaltungsreform überhaupt nicht würdigen, die dem Gedanken entsprungen zu sein scheint der Kritik Schwierigkeiten zu machen und die Verwaltung zu verschleiern. Bei der Besprechung des Budgets der städtischen Berufsfeuerwehr erklärt Gemeinderat Dr. Wagner, dass es hoch an der Zeit sei, den Frieden zwischen der Berufsfeuerwehr und den freiwilligen Feuerwehren herzustellen. Der Redner kritisiert dann insbesondere, dass der Wiener Branddirektor zugleich auch Kommandant der Gemeindefeuerwehr ist. Es ist unbegreiflich, dass an der Spitze der Gemeindefeuerwehr, die Gefahren heraufbeschwört, der Branddirektor steht. Das ist eine sehr merkwürdige Personalunion, die die aller schärfste Kritik finden muss. Dieser Zustand muss verschwinden. Die Gemeindefeuerwehr wird immer als ein Kapitel der Herausforderung (Beifall bei der Minderheit) und als ein Kapitel der Verschwendung von Steuergeldern bezeichnet werden. Bis jetzt wurden schon über dreieinhalb Millionen Schilling für diese höchst gefährliche Institution ausgegeben. Der Stand der Wiener Gemeindefeuerwehr war Ende August 1935 495 Angestellte und 9 vom Magistrat zugewiesene Beamte. Auf 45 Mann kam also ein Beamter (Gemeinderat Untermüller: Die müssen ja streng bewacht werden!) Wie hoch ist nun heute der Stand? Wie steht es mit der Ausgestaltung des Fahrparks und wozu dient dieser? Jeder Groschen, der für die Gemeindefeuerwehr ausgegeben wird, ist ein verlorener Groschen. Ich wünsche auch Auskunft darüber, wie die Gemeindefeuerwehr ausgerüstet ist und wozu ihr überhaupt Waffen gegeben werden. Das ist eine Frage, die täglich auf den Lippen der Wiener Bevölkerung brennt. Die nächsten Ausführungen des Gemeindevaters Dr. Wagner beschäftigen sich dann mit der Baupolizei, wobei er erklärt, dass in den letzten Jahren nicht nur Private ohne Baubewilligung gebaut haben, sondern auch die Gemeinde selbst in einem Fall die Baubewilligung nicht eingeholt hat. Hinsichtlich der Bewilligung von Konzessionen für periodische Personenbeförderung, erklärt der Redner, dass bei der Verhandlung von Verkehrsangelegenheiten nicht partikularistisch gedacht werden dürfe. Sodann bespricht Gemeinderat Dr. Wagner die Subventionierung von Kunst- und Bildungsstellen. Der deutsche Kunst- und Bildungsstelle, die tausenden von Schülern klassische Aufführungen bietet wurde bisher jedes Subventionsansuchen abgeschlagen. Der Wiener Stadtschulrat hat dazu noch den Kartenverkauf an den Schulen für die Aufführungen der deutschen Kunst- und Bildungsstelle verboten. Das ist ein Versuch, die deutsche Kunst- und Bildungsstelle aus Parteigründen abzuwürgen. Wir werden uns aber dadurch nicht in unserer Bildungsarbeit stören lassen und wir werden auch heuer wieder um eine Subvention einreichen. Der Skandal wird aber jedesmal wieder besprochen werden, solange Sie Ihr System nicht ändern. Den amtsführenden Stadtrat ersuche ich, den Wiener Stadtschulrat anzuweisen, das Verbot des Kartenverkaufes an den Schulen aufzuheben. Dann beschäftigt sich Gemeinderat Dr. Wagner mit der Verleihung des Wiener Heimatrechtes. Er tadelt, dass einem Assistenten der Technischen Hochschule, der seit 15 Jahren in Wien ist, das Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Heimatverband abgelehnt wurde, hingegen aber einem ungarischen Zahnarzt mit sehr verdächtigen Namen, der erst kurze Zeit in Wien ist, das Heimatrecht mit der Begründung verliehen wurde, dass er ein besonderer Spezialarzt der Zahnpflege ist. (Gemeinderat Müller (E.L.): Das war der Zahnarzt des Bela Kun). Unerklärlich ist auch die Behauptung, dass die Nationalität der Ansuchenden ganz gleichgültig sei und es ungesetzlich sei, darauf Rücksicht zu nehmen, wo doch in der Wiener Bevölkerungspolitik am meisten darauf gesehen werden soll, dass vor allem Deutschen das Heimatrecht verliehen wird. Deutschen Arbeitern und Angestellten wird das Heimatrecht verweigert, hingegen aber Polnischen, ungarischen und rumänischen Juden das Heimatrecht verliehen. Der Zuwachs an polnischen, un-

garischen und rumänischen Juden ist ein unerwünschter Bevölkerungszuwachs (Zustimmung bei der Minderheit). Gemeinderat Wagner bespricht dann noch das Russlandgeschäft und erklärt, dass die Förderung des Russlandgeschäftes zu einer Schädigung desselben wird. Die Russen verlangen die gleichen Bedingungen auch für die Ureexportgeschäfte. Es ist deshalb höchste Zeit, im Landtag eine Novelle einzubringen, in der der Begriff Zusatzexport verschwindet. Dann wendet sich Dr. Wagner der Kleinrentnerfrage zu und erklärt, dass es ungeheuerlich ist, dass bei der Aufwertung der städtischen Anleihe Dr. Zalmann ein Viertel des Betrages einstecken will. Das sind, sagt Gemeinderat Dr. Wagner, Verbrecherische Machinationen. Das Bestreben Dr. Zalmanns, an der Not der Ärmsten noch zu verdienen, ist niederträchtig. Unerklärlich ist es auch, warum Stadtrat Breitner zu diesem Treiben Dr. Zalmanns im Gemeinderat noch nicht Stellung genommen hat. Schliesslich erklärt Gemeinderat Dr. Wagner, dass er dem Budget seine Zustimmung verweigert (Beifall bei der Minderheit).

GR. Angermayer (E.L.) bemerkt, die Gemeindefeuerwehr werde, wenn ihr Stand auf tausend Mann gebracht wird, der Wiener Bevölkerung 80 Millionen im Tag kosten. Man fragt sich vergeblich wofür. Die Aufgaben, die der Gemeindefeuerwehr übertragen worden sind, sind bisher klaglos und kostenlos versehen worden. Der Gemeindeüberwachungs- und Sicherheitsdienst ist seit dem Bestand der Gemeindefeuerwehr womöglich schlechter geworden. Die Gemeindefeuerwehr hat weder den Brand, noch den Wasserschaden im Amtshaus entdeckt und auch ein Einbruch im Elektrizitätswerk oberhalb des Zimmers der Gemeindefeuerwehr ist von ihr nicht bemerkt worden. In der Wiener Bevölkerung ist die Meinung verbreitet, dass die Gemeindefeuerwehr eine Durchzugsstation für die militärische Ausbildung des republikanischen Schutzbundes ist. Und nach allem, was man hört scheint dies auch der Fall zu sein. Die Mannschaft ist im vergangenen Herbst täglich auf den Laaerberg ausgerückt und nachdem dort eine Gruppe ein- bis einhalb Stunden Fussball gespielt hat, ist sie unter der Leitung von ehemaligen Offizieren einexerziert worden und zwar wurden auch Schwarmlinien exerziert. Wozu ist das für die Bewachung von Gemeindeämtern notwendig. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, dass so auf eine versteckte Weise militärisch ausgebildet wird. Der Redner beantragt die Streichung der Post für die Gemeindefeuerwehr. Er fordert sodann die Drucklegung der stenographischen Protokolle indem er bemerkt, dass dieser Forderung bisher nur aus Besheit nicht Rechnung getragen worden sei, und beantragt, dass die stenographischen Protokolle über die Verhandlungen des Gemeindevaters in Druck zu legen und im Amtsblatt der Stadt Wien zu veröffentlichen sind. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Linder: kommt zunächst auf den vom Gemeinderat Kynschak erwähnten Fall des unbefugten Betriebes einer Kreditunternehmung zu sprechen und bemerkt, es handle sich hier um eine Erscheinung, die sich in der Nachkriegszeit bemerkbar gemacht habe. In die Kompetenz der Gemeinde fällt die Überwachung befugter Gewerbebetriebe gegen unbefugte hat sie zunächst innerhalb ihrer Kompetenz keine Handhabe. Nichtsdestoweniger werde er den Fall erheben lassen und sich bemühen, einen derartigen Unfug abzustellen.

Was die vom Gemeinderat Kynschak erwähnte Angelegenheit der Kleinrentner betrifft-ich spreche absichtlich nicht von einem Fall Zalmann, weil der Brief vom Hauptverband der Sparer und Kleinrentner ausgegangen ist, so ist die Gemeinde nicht in der Lage in geschäftliche Dinge einer Organisation einzugreifen. (Widerspruch bei der Minderheit.) Auch hat Gemeinderat Kynschak wahrscheinlich den letzten Satz dieses Briefes übersehen, in dem es ausdrücklich heisst: "Wir betonen, dass es sich nicht um eine Verpflichtung, sondern um eine freiwillige Spende handelt, zu der Sie nach unserer Auffassung moralisch verpflichtet sind". Die Organisation der Klein-

rentner ist eine Kampforganisation, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Erhöhung ihrer Renten durchzusetzen und ich kann mir vorstellen dass die Kleinrentner, um diese Organisation zu stärken, eine freiwillige Spende leisten werden (Lebhafte Rufe bei der Minderheit: Sie nehmen das noch in Schutz!). Ich nehme es nicht in Schutz, ich habe nur keine Macht einzugreifen.

Den Antrag des Gemeinderates Rummelhardt betreffs des dritten Bataillons des Infanterieregimentes Nr. 5 beantragt Stadtrat Linder, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

Was die Verhältnisse im Schubhaus betrifft, so habe ich, das Schubhaus selbst besichtigt und von allen Inhaftierten und Schülern erfahren, dass sie zufrieden sind (Widerspruch bei der Minderheit). Sie haben alle erklärt, dass es ihnen besser geht als im Polizeigefängnis. Das Schubhaus ist sehr rein und hygienisch gehalten, auch die Kost ist tadellos gut.

Wegen der Beleuchtung der Strassentafeln werden wir in absehbarer Zeit Anträge stellen. So weit Strassentafeln ausgewechselt werden müssen, wird der bisherige Usus beibehalten werden, dass jene Strassen die zum Stephansplatz führen eckige und jene, die parallel zur Ringstrasse verlaufen abgerundete Tafeln bekommen.

Stadtrat Linder beschäftigt sich sodann mit der Kritik an der Gemeindegewache und bemerkt, wer die Gemeindegewache bei ihrer Arbeit gesehen hat, (Lachen bei der Minderheit), wer weiss, welchen schweren Dienst sie zum B. bei den Arbeitslosenämtern leistet, kann ihr die Anerkennung nicht verweigern. Wir sind davon überzeugt, dass wenn es einmal anlässlich einer Katastrophe notwendig werden sollte, die Gemeindegewache im Einvernehmen mit der Feuerwehr gute Arbeit leisten wird, und dass sich dann auch die Meinung über die Gemeindegewache ändern wird.

Mit dem Heim für die Feuerwehrmannschaft in Schönberg hat die Gemeinde nichts zu tun, da es sich um ein Heim der Angestellten handelt.

ST.R. Linder tritt sodann den Beschwerden des Gemeinderates Wagner wegen angeblicher Schikanen der freiwilligen Feuerwehr entgegen und betont, dass die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr von allen Seiten anerkannt werde. Der Bürgermeister wird diese Anerkennung ^{Leuten der freiwilligen} auch dadurch bekunden, dass eine Reihe von Feuerwehr ^{ausgezeichnet} werden. Selbstverständlich muss aber in einer Grossstadt getrachtet werden, den Feuerwehrdienst zu vereinheitlichen und nur von diesem Bestreben lasse sich auch die gegenwärtige Gemeindeverwaltung leiten.

Auf eine Anfrage des Gemeinderates Wagner gibt sodann Stadtrat Linder bekannt, dass der Stand der Gemeindegewache gegenwärtig 397 Mann betrage und dass ihr drei Beamte zugeteilt sind. Zur Beförderung der Gemeindegewache in ihre Dienstlokale stehen 4 Autos und für die Inspektion 3 Motorräder zur Verfügung.

Schliesslich ^{verpflichtet} Stadtrat Linder, dass von seiner Seite bei Erteilung des Heimrechtes durchaus objektiv vorgegangen werde. Zu wünschen wäre nur, dass auch das Bundeskanzleramt ebenso objektiv vorgehe. In der kurzen Zeit seiner Amtsführung habe er feststellen müssen, dass das Bundeskanzleramt in den Fällen in denen es sich um Arbeiter und Angestellte gehandelt hat, ablehnend und dort wo es sich um ^{oder Private} Selbstständige gehandelt hat, zustimmend entschieden hat. Stadtrat Linder ersucht den Voranschlag seiner ^{Gruppe} anzunehmen (Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Kunschak ^{bemerkte} in einer tatsächlichen Berichtigung gegenüber dem Stadtrat Linder ^{in dem Schreiben an die Kleinrentner} der von diesem zitierte Satz/laute wörtlich: Wir betonen, dass es sich nicht um eine Verpflichtung, sondern

Es wird nun die letzte Verwaltungsgruppe (Städtische Unternehmungen) verhandelt. Die Beratung leitet amtsführender Stadtrat

Vizebürgermeister Emmerling ein, der gleichzeitig auch über die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1926 referiert. Im Jahre 1928 rechnen die städtischen Unternehmungen mit Gesamteinnahmen von rund 324 Millionen Schilling. Die Ausgaben sind mit um eine freiwillige Spende handelt, zu der Sie nach unserer Auffassung verpflichtet sind (Lebhafte Rufe bei der Minderheit) das ist keine Abschwächung des freiwilligen Charakters einer Spende, das ist der stärkste Druck, den man auf jemanden ausüben kann, das grenzt hart an Erpressung. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

Der Voranschlag der Gruppe VII wird angenommen.

Die Anträge Doppler und Angermayer auf Streichung der Post für die Gemeinde ^{zwecke} werden abgelehnt.

Der Antrag Angermayer wegen Drucklegung der stenographischen Protokolle des Gemeinderates, sowie der Antrag Rummelhardt betreffend die Garnisonierung des III. Bataillons ^{des Inf. Regimentes 5} werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

308 Millionen veranschlagt, davon entfallen rund 132 Millionen auf Personalausgaben. Hier fällt insbesondere der Personaletat der Strassenbahn ins Gewicht, weil dieser Betrieb achtzig Prozent seiner gesamten Ausgaben für das Personal zu buchen hat. Die Unternehmungen werden nach dem Voranschlag kleine Ueberschüsse aufweisen, die mit Ausnahme Brauhaus und Ankündigungsanstalt bei den Unternehmungen verbleiben.

Die Tarifpolitik ist auf die Deckung der Selbstkosten eingestellt. Das hat dazu geführt, dass der Gaspreis seit 8. November 1923 unverändert ist, ebenso der Lichtstrompreis seit 1. April 1924. Der Preis für den Kraftstrom wurde sogar am 1. Mai 1925 von 2'8 auf 2'5 Groschen herabgesetzt. Der Voranschlag für die städtischen Unternehmungen wurde ohne Rücksicht auf die Aufnahme einer Anleihe erstellt. Es werden nun alle Anschaffungen, die mit Bankkredit gedeckt hätten werden sollen, auf die Anleihe verwiesen.

Die städtischen Unternehmungen haben in den letzten Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Beim Gaswerk ist seit 1923 die Gasabgabe um 51 Prozent gestiegen, während die Zahl der Gasabnehmer gar um 93 Prozent sich vermehrt hat. Entsprechend des starken Anstiegs müssen die Werke ununterbrochen ausgebaut werden. Auch für das kommende Jahr ist der Neubau von Anlagen vorgesehen, wobei insbesondere die Errichtung eines 200.000 Kubikmeter fassenden Gasbehälters hervorgehoben werden muss. Im Jahre 1928 werden 37.000 Gasmesser bestellt werden. Für den Ausbau der Gaswerke sind allein 26 Millionen Schilling im kommenden Jahr vorgesehen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Gas- und Elektrizität entwickelt sich sehr günstig. Ende 1928 hatten nur 170.145 Wohnungen Gas und elektrisches Licht. Ende November 1927 bereits 370.000, also zwei Drittel aller Wohnungen. Im Jahre 1918 hatten nur 18.600 Geschäfte lokale Gas eingeleitet, heute sind es bereits 41.600. Allein im Jahre 1927 wurden 36.156 Gasmesser und 42.394 Elektrizitätszähler montiert. Wir haben heute in Wien rund 423.000 Gasmesser und 544.000 Elektrizitätszähler in Betrieb. Das beweist, dass hier eine ganz aussergewöhnliche Entwicklung vor sich geht. Es können aber auch nicht alle Wünsche der Bevölkerung nach Installierung erfüllt werden, weil auch auf den Zustand der Strassen Rücksicht genommen werden muss. Wenn eine Strasse erst vor kurzer Zeit instandgesetzt worden ist, dann kann nicht wegen der Legung von Gasrohren oder Kabel der Strassenkörper wieder aufgerissen werden. Es wird deshalb im Frühjahr eine genaue Liste jener Strassen veröffentlicht werden, die hergerichtet werden, damit die dort wohnenden Leute rechtzeitig ihre Wünsche nach Einleitung von Gas und elektrischem Licht vorbringen können.

Auf eine Anfrage des Gemeinderates Wagner gibt
Beim Elektrizitätswerk wird im Jahre 1928 mit einer Strom-
rat Linder bekannt, dass der Stand der Gemeindegasse gegenwärtig 397
abnahme von 323 Millionen Kilowattstunden gerechnet. Ein Drittel dieser
Mann betrage und dass ihr drei Beamte zugeteilt sind. Zur Beförderung
Strommenge wird aus Wasserkraftanlagen bezogen. Die Bevölkerung klagt
der Gemeindegasse in ihre Dienstlokale stehen 4 Autos und für die im
Über die gewiss sehr unliebsamen Stromstörungen. Es wird alles getan,
speziell 3 Motorräder zur Verfügung.

um diese Störungen auf ein Mindestmass herabzudrücken. Es darf aber
Schliesslich Stadtrat Linder, dass von seiner
nicht vergessen werden, dass der Wasserkraftstrom mehr als hundert Ki-
Seite bei Erteilung des Erlasstrechtes durchaus objektiv vorgelegten
10 Meter von Wien entfernt hergeleitet werden muss und eine Wetter-
wende. Zu wünschen wäre nur, dass auch das Bundeskanzleramt ebenso
katastrophe im dortigen Stromgebiet solche Störungen hervorzurufen kann.
objektiv vorgelegt. In der kurzen Zeit seiner Amtsführung habe er fest-
Es wird wohl für eine genügende kalorische Reserve vorgesorgt, doch
stellen müssen, dass das Bundeskanzleramt in den Fällen in denen es
sind die Anforderungen in der betriebsstarken Zeit derart gross,
sich um Arbeiter und Angestellte gehandelt hat, abnehmend und dort
dass eine gewisse Unterbrechung oft nicht zu vermeiden ist. Im Vor-
wo es sich um Selbstständige gehandelt hat, zustimmend entschieden hat,
anschlag sind grosse Summen für den Ausbau der Anlagen vorgesehen,
Stadtrat Linder ersucht den Voranschlag seiner anzuwenden (Bei-
wobei insbesondere auf die Vermeidung von Stromstörungen Bedacht ge-
fall und Mehrheitsentscheidungen bei der Mehrheit).

nommen wurde. Herr Schelsch in einer tatsächlichen Berichtigung gegen

Die Ausgaben für Anschaffungen bei der Strassenbahn sind
über den St. Stadtrat Linder der von diesen seitler'sche heute wört-
mit 30 1/2 Millionen Schilling in den Voranschlag eingesetzt. Sie werden
lich: Wir betonen, dass es sich nicht um eine Verpflichtung sondern
auf die Anleihe verwiesen. Von diesem Betrag entfallen 18 1/7 Millionen
Es wird von der letzten Veranschlagung
auf die Strassenbahn, 3 1/2 Millionen auf die Stadtbahn und 8 1/3 Mil-

lionen auf die Kraftfahrlinien. Im Jahre 1928 wird mit einer Frequenz
von 612 Millionen Fahrplätzen gerechnet

um bessere Verkehrsverhältnisse zu bekommen, wird neben dem Strassen-
bahnverkehr auch eine nicht unbeträchtliche Automobilisierung des Ver-
kehrs durchgeführt werden. So werden im Sommer nächsten Jahres 100 be-
stellte Autobusse angeliefert und in Betrieb gestellt werden. Neben der
Automobilisierung des Verkehrs ist auch eine Vermehrung des Wagenparks
vorgesehen. So ist für das Jahr 1926 die Bestellung von 260 neuen
Strassenbahnwagen geplant. Der gegenwärtige Wagenstand beträgt 3736
Wagen. Durch die starke Belastung der Wagen sind auch stärkere Motore
notwendig weshalb auch alle neuen Wagen mit starken Motoren ausgerüs-
tet sein werden. Dafür sind in den letzten Monaten grosse Aufträge hi-
nausgegangen. Für das Jahr 1928 ist auch der Bau einer neuen Linie,
die die Sandleiten mit der Stadt verbindet, und der Ausbau der Linie 11
vorgesehen. Weiters ist noch der zweigleisige Ausbau der 10er Linie
durch die Reingasse und die Umliegung der 6er Linie geplant. Der Wunsch
nach neuen Linien ist gewiss sehr gross, aber wir sind verpflichtet,
die Wirkungen des automobilisierten Verkehrs abzuwarten, um darnach un-
sere Massnahmen zu treffen. In der allernächsten Zeit wird auch der Au-
busverkehr durch die Krottenbachstrasse aufgenommen werden. Der Tarif
wird dem heutigen Autobustarif angepasst werden, wobei ich gleich auch
bemerke, dass der Tarif nach Pötzleinsdorf abgeändert werden wird. Vice-
bürgermeister Emerling berichtet dann noch über die städtischen
Leichenbestattung, das städtische Brauhaus und über die Gewiste und
ersucht schliesslich um die Genehmigung des Voranschlages. (Beifall bei
der Mehrheit).

Herr Schelsch (E. L.) erklärt, dass die städtischen Gaswerke und
die städtischen Elektrizitätswerke doch nicht ohne Gewinne gearbeitet
haben, weil sie sonst ihre Werke nicht hätten ausbauen können.
Unrichtig ist auch, dass es bis heute keine Tarifierhöhung gegeben habe,
da ja zuletzt der Strassenbahntarif von 24 auf 28 Groschen erhöht wur-
de. Der Referent hat auch mit keinem Wort in seinem Bericht gesagt,
was mit der Dollaranleihe geschehen wird; wir bitten deshalb um weit-
gehende Aufklärung im Schlusswort. Das Gas, das jetzt von den städtischen
Gaswerken abgegeben wird, ist um 25 bis 30 Prozent schlechter als frü-
her. Das Gas wird unter ungleichmässigen Druck abgegeben, was eine gros-
se Gefahr für die Konsumenten ist. Die Gaswerke haben die Pflicht, da-
für zu sorgen, dass die Konsumenten das Gas so erhalten, dass sie es
normal verbrauchen können. Gemeinderat Schelsch tadelt auch, dass der Re-

ferent in seinem Bericht nicht gesagt hat, welche Massnahmen getroffen werden, um die Bevölkerung vor dem Gasunfällen zu schützen. Die Gaswerke haben die Pflicht, die Bevölkerung aufzuklären, wie sie sich bei der Verwendung von Gas verhalten sollen. Es ist auch die Ausgabe eines Merkblattes dringend notwendig, da noch nie so viel Unglücksfälle durch Gas zu verzeichnen waren wie heute. Hinsichtlich der Vorauszahlungen für Gas und elektrischen Strom erklärt Gemeinderat Schelz, dass es nun an der Zeit wäre diese Schuld an die Bevölkerung abzutragen, und stellt den Antrag, die von den Konsumenten von Gas und elektrischen Strom geleisteten Vorauszahlungen werden in der Weise rückvergütet, dass ihnen jene Menge von Gas oder elektrischen Strom, die sie um den Betrag der geleisteten Vorauszahlung nach den seinerzeitigen Preisen hätten beziehen können, unentgeltlich geliefert wird.

Gemeinderat Schelz beschäftigt sich sodann mit den Elektrizitätswerken und bemerkt, der Hauptgrund der vielen Stromstörungen liege darin, dass die Kabel alt und überlastet sind. In den letzten Jahren sind trotz der riesigen Steigerung der Abonnementzahl sehr wenige Kabel neugelegt oder ausgewechselt worden. Es gibt Schwankungen bis zu 20 Prozent der Spannung. Diesen Spannungsabfall bezahlen die Konsumenten. Im Elektrizitätswerk muss eine Kabelrevision erfolgen. Es ist auch nicht richtig, dass wir den billigsten Strom haben. In Berlin, wo es kein Wasserkraftwerk, sondern nur ein kalorisches Kraftwerk gibt, wird der Strom um 20 bis 45 Prozent billiger abgegeben.

Auch das Zillingdorfer Kohlenwerk ist schlecht geführt. In einem Schacht hat es Rutschungen gegeben, ganze Schächte wurden demoliert oder sind in Bruch gegangen. Die Einlösung der Gründe hat der Gemeinde sehr viel Geld gekostet. Im Frühjahr hat man dort einen freiwilligen Abbau vorgenommen, bei dem an Abfertigungen 3 Milliarden gezahlt wurden (Lebhafte Heiterkeit bei der Minderheit). Die Leute haben nach einem halben Jahr ihre Abfertigung verbraucht, sie beziehen jetzt die Arbeitslosenunterstützung, wohnen in den Siedlungen weiter und man kann neue Arbeiter in den Siedlungen nicht unterbringen. Im Herbst hat man wieder 60 neue Leute einstellen müssen. So sieht Ihre Arbeiterfreundlichkeit aus.

Bei den Strassenbahnen sieht die gegenwärtige Gemeindeverwaltung im Gegensatz zu früher gar nicht auf die Reinlichkeit. Die Wagen werden wochenlang nicht gereinigt. Auch müssten jetzt wieder wie im Frieden Vorhänge in den Wagen angebracht werden. Bei jedem Strassenbahnunfall redet man sich auf die ^{Bremse} aus. Wenn man sieht, wie manche jüngere Fahrer mit den Fahrern herumreissen, ist es kein Wunder, dass die Fahrgarnituren so bald kaputt werden. Es müssten entsprechende Instruktionen herangezogen werden. Schliesslich führt der Redner Beschwerde über die Behandlung des Unternehmensausschusses. Dieser Ausschuss werde bagatellisiert. Wenn das sich nicht ändert, wird sich die Minderheit mit allen Mitteln ihr Recht selbst verschaffen (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Haider (E.K.) bestreitet die Behauptung des Referenten, dass die städtischen Unternehmungen nach dem Prinzip der Selbsterhaltung verwaltet werden. Im Jahre 1926 hatten die städtischen Unternehmungen einen Reingewinn von etwa 935.000 Schilling, für das Jahr 1928 wird ein solcher von 615.870 Schilling eröffnet. Dass es städtische Unternehmungen heute gibt ist ein Verdienst Lugers. Der Redner verlangt Aufklärung über einzelne Posten des Voranschlags, so über die Post "Allgemeine Unkosten" die in 3 Jahren ausserordentlich gestiegen ist sowie über die ebenfalls sehr stark gestiegenen Posten

der Wertabschreibung bei der Ueberlandzentrale und beim Zillingdorfer Werke. Er beschäftigt sich sodann mit den Strassenbahnen. Der Verkehr auf der Strassenbahn ist unerhört. Auch der Referent muss sagen, dass in anderen Grossstädten im Gegensatz zu Wien ein menschenwürdiger Verkehr besteht. Die Frequenz könnte durch eine Verdichtung des Verkehrs, eine Verkürzung der Intervalle herbeigeführt werden was natürlich der Wagenpark entsprechend vermehrt werden müsste. Alles das scheitert an dem Fiskalismus der Gemeindeverwaltung. Auch bei der Leichenbestattung gibt es eine Reihe von Missständen. Der Verkehr von städtischen Lastautos während der Leichenbegängnisse ist eine Entweihung der Feierlichkeit und hat übrigens auch zu Unfällen geführt. Der Redner verlangt die endliche Rückerstattung der Vorauszahlungen für Gas und Strom und ^{fordert} dass der Terror christlichen Arbeiter und Angestellten gegenüber endlich ein Ende nehme (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

Vizebürger Hoss (E.L.) erklärt, dass es der Wunsch der Floridsdorfer Bevölkerung sei, die 32er Linie bis in die Stadt hinein zu führen. Dieser Wunsch soll nicht so ohne weiteres abgelehnt werden, sondern die Strassenbahndirektion soll zumindest den Versuch machen, die Linie bis in die Stadt hinein probeweise zu führen. Wünschenswert wäre es auch, dass die 17er Linie zweigleisig ausgebaut werde und die Züge in kürzeren Intervallen verkehren. Eine Verbesserung des Verkehrs über die Reichsbrücke ist ohne Umbau der Reichsbrücke nicht möglich. Es wäre ein schweres Versäumnis, die Lösung der Frage der Reichsbrücke nicht sofort in Angriff zu nehmen. Die Gemeinde Wien muss mit dem Bund verhandeln damit der Brückenbau möglichst rasch zustande kommt. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Daffinger (E.L.) führt Beschwerde über die Behandlung der Mitglieder des Ausschusses VIII. Ihnen wird erst bei Beginn der Ausschusssitzungen die Tagesordnung vorgelegt, ein Zustand, der unerträglich ist. Die nächsten Ausführungen des Redners beschäftigen sich dann mit den Gasvergiftungen und mit den Unfällen im Strassenbahnverkehr. An den Triebwagen sind zwei Arten von Bremsen angebracht, die Handbremse und die elektrische Bremse. Die Handbremse ist aber meist unbrauchbar und es müsste endlich darauf gesehen werden, dass man auch mit der Handbremse den Wagenszug zum Stehen bringen kann. Immer mehr breitet sich in den Haushalten die Benützung von elektrischen Gebrauchsgegenständen aus. Auch die Zahl der Unfälle nimmt zu. Die Elektrizitätswerke haben wohl ein Untersuchungslaboratorium eingerichtet, das jeden Apparat auf seine Güte prüft. Aber das Gesetz hat eine grosse Lücke, weil niemand verbieten kann, dass selbst Apparate, die den Anforderungen nicht entsprechen, verkauft werden. Die Untersuchungsstelle der Elektrizitätswerke müsste ausgebaut werden. Der Redner bittet publizistisch den Wünschen nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Angestelltenschaft der städtischen Betriebe mehr wie bisher Rechnung zu tragen (Beifall bei der Minderheit).

Vorsitzender Gemeinderat Hofbauer bricht um zehn Uhr abends die Verhandlungen ab. Die nächste Sitzung findet morgen um vier Uhr nachmittags statt.